Morgen-Ausgabe
No. 171. — 56. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

Beiblatt
Freitag, 10. April 1908

Ins Hoffagdrevier

(nach Summt und Dammsmühle)

an der Nordbahn zwischen Stolpe und Birkenwerder, wollen wir am nächsten Sonntag wandern, falls das unbeständige Aprilwetter das zuläßt. Unter meteorologischen Verhältnissen, wie den jetzt herrschenden, ist eine Waldwanderung immer am ehesten zu empfehlen.

Vom Stettiner Vorortbahnhof bringt uns der Vorortzug der Nordbahn nach Haltestelle Stolpe. Vom Bahnhof wenden wir uns rechts zunächst auf Schönfließ zu. Nach acht Minuten etwa zweigt links ein Weg nach Kolonie und Dorf Bergfelde ab, dem wir folgen. Wir erreichen das Dorf nach einer halben Stunde. Von seinem Ostausgange folgen wir geradeaus dem Wegweiser Mühlenbeck. Nach einer Viertelstunde wenden wir uns scharf links und betreten durch das Tor des Wildgatters den Oranienburger Forst. Unser Weg schneidet nach Kreuzung verschiedener Querwege und Schneisen nach einer halben Stunde Gehens das schöne „Summt-Gestell" (F), dem wir nun rechts folgen. Wir verlassen bald das Jagdrevier und erreichen in zwanzig Minuten das am gleichnamigen See gelegene Dörfchen Summt, wo sich Gelegenheit zur Rast bietet.

Die Weiterwanderung führt in östlicher Richtung um das Südufer des Summtsees herum. Hinter dem Fischerhause betreten wir durch ein Portal abermals das eingehegte Jagdgebiet. In der Nähe des Gatters führt der Weg im flachen Bogen zum Mühlenbecker Tor, durch das wir wieder aus den heiligen Hallen austreten. Gleich dahinter liegt, am schönen Mühlenbecker See (45 Minuten von Summt) Schloß Dammsmühle mit großem Park. Nun wenden wir uns nordwärts auf dem Jühlsdorfer Wege. Nach wenigen Minuten läßt uns links ein Portal wieder in das Jagdgebiet ein, durch das wir nun zur Nordbahn zurückwandern. Der sich halbrechts ziehende Weg bringt uns nach wenigen Minuten auf das Gestell H, dem wir links in seiner ganzen Länge 1¼ Stunde lang über die Wensickendorfer Chaussee hinweg bis zur Briefe folgen. Auf dem Südufer des Jühlsdorfer Sees führt uns im malerischen Briefetal links der Weg in einer halben Stunde nach Försterei, Restaurant und Villenkolonie Briefe. Von hier gehen wir halblinks auf dem durch viele Tafeln gekennzeichneten Wege in ½ Stunde zum Bahnhof Birkenwerder an der Nordbahn, von wo wir die Rückfahrt antreten.

Wem der Weg von Dammsmühle nach Birkenwerder zu weit und daher zu anstrengend ist, der geht von Dammsmühle südlich durch den Wald in einer Stunde durch Buchhorst nach Mühlenbeck und fährt von dem östlich des Dorfes gelegenen Bahnhofe der Liebenwalder Bahn nach Reinickendorf-Rosental und von da mit dem Vorortzuge nach dem Stettiner Bahnhof.

Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

16. Sitzung vom 9. April.

(Schluß.)

Es folgt die Beratung des Nachtragsetats für die

Teuerungszulagen.

Berichterstatter Oberbürgermeister Ehlers-Danzig: Als ich heute aus der Kommissionssitzung kam, fand ich in der heutigen Morgenausgabe der Kreuzzeitung folgenden Artikel über die Verhandlungen der um 10 Uhr begonnenen Kommission: „Die Finanzkommission des Herrenhauses hat den Nachtragsetat mit den Teuerungszulagen in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen. Sie gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Herbst bestimmt die neuen Besoldungsvorlagen bringen werde, auch wenn im Reich sich der neuen Vorlage Schwierigkeiten entgegenstellen sollten. Von der Stellung von Anträgen wurde Abstand genommen, weil nach den Regierungserklärungen im Abgeordnetenhause Verbesserungen aussichtslos gewesen wären. Außerdem wurden noch Rechnungssachen erledigt." Es ist zu bewundernswert, daß in der Nacht schon ein Bericht über Verhandlungen gedruckt ist, die erst heute früh stattfanden. Ueber diese staunenswerte Fixigkeit muß ich meine größte Bewunderung ausdrücken. (Heiterkeit.) Die Zeitung kann mit Onkel Präsig sagen: „In der Fixigkeit war ich dir immer über, aber nicht in der Richtigkeit". (Heiterkeit.) Die Verhandlungen haben einen ganz anderen Verlauf genommen. Bei dem Bericht ist wohl der Wunsch der Vater des Gedankens, daß wir der Regierung sagen mögen, sie solle sich um die Dinge im Reich gar nicht kümmern und trotzdem die Besoldungsvorlagen bringen, und daß wir auch die Geneigtheit zu weiteren Bewilligungen hätten aussprechen sollen. Angesichts der Landtagswahlen soll, wie ich in einem Artikel las, die konservative Partei ja bereit sein, viel mehr zu bewilligen, als die Regierung den Beamten geben will. Die Parteien im Lande haben sich in dieser Hinsicht gegenseitig nichts vorzuwerfen. Von dem rechten bis zu dem linken Flügel sind sie ganz gleichartig, indem sie das Füllhorn ihrer Geschenke über die Beamten und Lehrer auszuschütten bereit sind. Die Kommission hat eine ganz andere Stellung zu dieser Vorlage eingenommen. Sie beantragt zwar, die Vorlage unverändert anzunehmen. Sie hat aber von Anträgen auf Verbesserungen des im Abgeordnetenhause festgestellten Nachtragsetats nicht etwa deshalb Abstand genommen, weil sie überzeugt war, daß die Regierung sich nicht dazu bereit finden würde, sondern, abgesehen davon, daß ja Aenderungen hier nicht vorgenommen werden können, war die Kommission auch garnicht geneigt, einen noch weitergehenden Druck auf die Regierung auszuüben, als dies schon im Abgeordnetenhause geschehen ist. Es handelt sich hier nicht um Teuerungszulagen, sondern um eine Vorschußleistung auf die Gehaltsaufbesserungen, die im Herbst beschlossen werden, und die vom 1. April dieses Jahres ab gelten sollen. Die Kommission hat mich beauftragt, als ihre einstimmige Ansicht auszusprechen, daß wir die Begleiterscheinungen, die bei der Beratung des Nachtragsetats hervorgetreten sind, für sehr bedauerlich halten. (Sehr richtig!) Die Kommission ist der Meinung, daß es nicht die Aufgabe der Parlamente wäre, in dieser Weise einen Wettlauf um die Gunst der Beamten und Lehrer anzustellen. Ich bin ja überzeugt, daß ich meine Popularität und die der Kommission ernstlich aufs Spiel setze, wenn ich diese Mitteilung hier mache. Aber wir sind der Ansicht, daß es sich um eine höchst ernste Sache handelt. (Beifall.) Wir sind zunächst der Meinung, daß die Behauptung, Preußen könne und solle mit seinen Gehaltsaufbesserungen vorgehen unbekümmert einmal um das, was im Reich geschieht, und andererseits auch unbekümmert um die Folgerungen, die die Gehaltsaufbesserung für die Kommunalverbände hat, eigentlich ein ungeheuerlicher Gedanke ist bei unserem Verhältnis zum Reich. Wir sind der Meinung gewesen, daß der preußische Staat allerdings verpflichtet ist, bei der Regelung dieser Materie Rücksicht darauf zu nehmen, welche Wirkung für die in sehr schwierigen Verhältnissen lebenden Kommunalverbände eintreten. Ganz gewiß gönnt jeder von uns den Beamten und Lehrern ein möglichst reichliches Auskommen, und wenn es bloß auf die Gutherzigkeit ankäme, so würden wir mit anderen Parlamenten durchaus konkurrieren können. Aber diese Dinge müssen doch nüchtern betrachtet werden. Man kann doch nicht sagen, daß das ganze Staatswohl sich erschöpft in der Besoldung seiner Beamten und Lehrer, sondern er muß doch davon ausgehen, daß wir Abgeordneten wie die Beamten nur vorübergehende Erscheinungen sind, das Dauernde ist der Staat. (Bravo!) Und das Gemeinwohl muß in erster Reihe unsere Entschließungen leiten, unbekümmert darum, ob das dem einen oder dem anderen gefällt. Es ist in der Kommission darauf aufmerksam gemacht worden, daß, wenn man heute Rückschau hält, 100 Jahre zurück, doch nicht bloß in die Erscheinung tritt die Reorganisation des Staates, der Wiederaufbau des Staates, sondern daß auch merklich in den Vordergrund tritt die bewundernswerte Vaterlandsliebe, die Energie und auch die Entsagungsfähigkeit des preußischen Beamtentums. (Beifall.) Wir sind stolz auf die Leistungen unseres Beamtentums und unserer Lehrer, die auch unter nicht glänzenden Verhältnissen, unter ärmlichen Verhältnissen in hohem Maß ihre Pflicht getan haben. Wir beabsichtigen nicht, die Verhältnisse wieder elend zu machen oder elend zu lassen. Aber wir möchten doch den Ruf des preußischen Beamtentums aufrecht erhalten sehen, daß der preußische Beamte seine verbannte Pflicht und Schuldigkeit tut, unbekümmert darum, ob er einige hundert Mark Gehalt mehr oder weniger bekommt. Diese Frage der Gehaltsaufbesserung ist doch auch zu entscheiden von dem Gesichtspunkte der Aufbringung der Mittel. Lediglich höhere Besoldungen einführen auf die Gefahr hin, daß die ganzen Finanzverhältnisse und die ganze innere Kraft des Staates, des Reiches und der Gemeinden geschwächt werden, ist unter keinen Umständen zulässig.

Wir haben daher geglaubt, in der Kommission das ausdrücklich nochmals betonen zu sollen, daß wir es für wünschenswert halten, daß die Staatsregierung bei ihren Vorlagen allerdings Rücksicht nimmt auf die Verhältnisse im Reich und andererseits auf die Verhältnisse in den Kommunalverbänden, daß sie ferner ihre Vorlage so gestaltet, daß sie nicht lediglich sich auf die Höhe der Aufwendungen richtet, sondern auch auf die Frage, wie dann die die Steuerzahler nicht zu schwer bedrückenden Deckungsmittel im Staate gefunden werden, damit die gesamte Gesundung des Organismus unseres Staatswesens und unserer Gemeinden in jeder Hinsicht erhalten bleibt. (Beifall.)

In der Besprechung wird das Wort nicht verlangt. — Die Vorlage wird unverändert angenommen.

Einige Rechnungssachen werden debattelos erledigt.

Nunmehr wird die Kieler Eingemeindungsvorlage weiter beraten.

Professor Dr. **Löning-Halle**: Den Worten des Herrn v. Buch stimme ich zu. Die beiden Gemeindevorsteher werden jetzt auf Lebenszeit angestellt — ein großer Vorteil für sie — und obendrein bekommen sie ein Geschenk von 40,000 Mark. Da kommen wir doch allmählich zur Korruption, und da sage ich: principiis obsta! Eine größere Schädigung Kiels tritt nicht ein, da ja der Landtag im Herbst wieder zusammentritt. Dann bringe man uns einen anderen Entwurf. Aber wir wollen uns nicht unter das kaudinische Joch dieser beiden Gemeindevorsteher beugen. Ich bitte, die Vorlage abzulehnen. (Beifall.)

Ein **Regierungskommissar** gibt zu, daß die angegriffene Bestimmung nicht sympathisch berührt. Es handelt sich aber um eine im militärischen Interesse notwendige Erweiterung des Kieler Hafens. Man könnte die Gemeinden zwingen, aber es ist ja nicht ganz sicher, ob das öffentliche Interesse für die Enteignung anerkannt wird. Die Befriedigung des militärischen Interesses wollten wir nicht verzögern. Daher haben wir unsere Bedenken überwunden, werden aber eine solche Bestimmung, wie sie hier mit Recht angegriffen ist, nicht wieder zulassen.

Erster Bürgermeister **Rive-Halle** gibt seinem Erstaunen Ausdruck, daß die Abfindungsfrage im Abgeordnetenhause überhaupt nicht berührt ist. Gewiß, es ist nicht hinter den Kulissen gearbeitet worden. Es handelt sich also nur um „offene Korruption". (Heiterkeit.) Man übersehe aber nicht, welche Daumenschrauben den Städten bei Eingemeindungen angelegt werden. Würden die großen Städte auch soviel auf ihre Bürgermeister halten, so würden wir übergehen vor Stolz; leider können wir aber nicht eingemeindet werden. (Heiterkeit.) Es wird Zeit, diesem Eingemeindenunfug ein Ende zu machen. Schädigen wir aber nicht die Stadt Kiel. Kreisausschuß und Kreistag hatten hier nicht ihre Zustimmung geben dürfen. Zu der Erklärung der Regierung, daß sie uns solche Vorlagen nicht wieder bringt, habe ich volles Vertrauen. Ich beantrage folgende Resolution: Das Herrenhaus möge seine Mißbilligung über Paragraph 13 der beiden Eingemeindungsanträge wegen der darin enthaltenen Abfindungszugabe an zwei bisherige Gemeindevorsteher aussprechen und die königliche Staatsregierung auffordern, bei der Wiederkehr solcher Vertragsbestimmungen im Aufsichtswege einzuschreiten.

Unterstaatssekretär **Holtz** ist mit dieser Resolution einverstanden.

v. **Buch**: Sagen wir nicht „ja, aber", sondern „ja, also". Nehmen wir die Resolution an, dann werden die beiden Gemeindevorsteher die 40,000 Mark lachend einstecken. Ich bitte, die Vorlage abzulehnen.

Oberbürgermeister **Fuß** bittet nochmals, eine Schädigung Kiels zu vermeiden.

Die Besprechung schließt. Die Vorlage wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Damit ist die Resolution Rive erledigt.

Eine Petition um kommunalpolitische Gleichstellung der Provinz Hannover mit den neuen preußischen Provinzen wird durch Tagesordnung erledigt.

Eine Petition des Bürgervorsteherlages der Provinz Hannover um Abänderung der hannoverschen Städteordnung wird als Material überwiesen.

Eine Petition des Magistrats zu Rhein (Ostpreußen) um Legung des für Ostpreußen neu zu erbauenden Zentralgefängnisses nach Rhein wird durch Tagesordnung erledigt, ebenso eine Petition des Zentralverbandes der Gemeindebeamten Preußens um Abänderung des Kommunalbeamtengesetzes.

Eine Petition des Dr. Löwe-Magdeburg namens des Vereins der deutschen Kalkinteressenten um Ergänzung des Gesetzes vom 4. August 1904 über die Bestellung von Salzabhängerechtigkeiten in der Provinz Hannover wird als Material überwiesen, desgleichen eine Petition der Vereinigung der Elektrizitätswerke um Abänderung des Entwurfs einer Polizeiverordnung, betreffend Einrichtung, Betrieb und Ueberwachung elektrischer Starkstromanlagen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Erster Vizepräsident **Becker** gibt zum Schluß eine Uebersicht über die Tätigkeit des Hauses. Es hat 16 Sitzungen abgehalten.

Graf Botho **zu Eulenburg** dankt dem Präsidium. (Die Mitglieder erheben sich von den Plätzen.)

Erster Vizepräsident **Becker** dankt wieder und schließt die Sitzung mit einem Hoch auf den König, in das das Haus dreimal einstimmt.

Schluß 3¾ Uhr.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom 9. April.

Stadtverordnetenvorsteher **Michelet** eröffnet die Sitzung um 5½ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Berichterstattung des Ausschusses über die Vorlage betreffend den **Ankauf von Ländereien im Gemeindebezirk Heiligensee**

zum Zwecke der Anlage neuer Wasserwerke.

Berichterstatter ist Stadtv. **Sökeland** (a. L.).

Der Antrag des Magistrats, der dem Ausschusse zur Vorberatung überwiesen worden war, ging dahin, der Stadt von den Kaufleuten Volkmann, Fehringer und dem Baumeister Garun angebotenen, in der Feldmark Heiligensee belegenen Ländereien mit einem ungefähren Flächeninhalt von 491,226 Quadratmeter zu einem Preise von ungefähr 3,240,000 Mark anzukaufen, um auf dem Gelände ein Wasserwerk zu errichten.

Dem Ausschuß erschien dieses Angebot zu hoch, und er beschloß, der Versammlung die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen. Nachträglich ermäßigten die Besitzer der angebotenen Terrains ihre Forderungen aber auf etwa 2,450,000 Mark; am Donnerstag vormittag wurde dieses neue Angebot im Rathause festgelegt, und der Ausschuß erklärte sich mit dem Preise einverstanden und empfiehlt der Versammlung die Annahme der Vorlage in der veränderten Form.

Stadtv. **Sökeland** (a. L.): Die Vorlage des Magistrats hat eigentlich niemand Freude gemacht. Es handelt sich um ein Gelände, das bei geschickter Vorarbeit vor vier Jahren für den vierten Teil des Preises zu haben gewesen wäre. (Hört, hört!) Die Eigentümer verminderten ihre Forderung um 790,000 Mark. Der Ausschuß tagte heute noch um 4 Uhr. Er konnte deshalb den Mitgliedern seinen Antrag nicht so rechtzeitig zugehen lassen, wie es die Geschäftsordnung erfordert.

Inzwischen ist ein Antrag eingegangen, der sich mit dem Ausschußantrag deckt.

Stadtv. **Herzberg** (fr. Fr.) weist darauf hin, daß eine Aenderung des bisherigen Systems der Wasserversorgung Berlins mit Oberflächenwasser dringend notwendig sei. Wenn man sich über die Bedeutung der Vorlage klar wird, so werde man um so leichter über die vorhandenen ärgerlichen Zwischenstuationen hinwegkommen.

Stadtv. **Rosenow** (n. L.) unterbricht hier den Redner mit dem Geschäftsordnungsantrag, die Angelegenheit in geheimer Sitzung zu verhandeln. Bei dieser Vorlage hätten sich Ereignisse abgespielt, die eine öffentliche Erörterung der Angelegenheit nicht angezeigt erscheinen lassen.

Stadtv. **Manasse** (soz.): Wir haben hier bei dieser Frage über die kaufmännischen Grenzen hinaus das Bedürfnis, dem Magistrat, der heute statt mit der Amtskette in Sack und Asche erscheinen sollte, einige Wahrheiten zu sagen. Wir möchten deshalb diese Angelegenheit in der Oeffentlichkeit verhandeln und bitten Sie, das zu ermöglichen.

Oberbürgermeister Kirschner: Es ist mir durchaus erwünscht, wenn dasjenige, was gegen den Magistrat vorgebracht werden kann, öffentlich vorgebracht wird. Der Magistrat wird in der Lage sein, die Rede und Antwort zu stehen. Solche Behauptungen, wie sie eben aufgestellt wurden, sind so unerhört, daß es mir sehr erwünscht ist, in öffentlicher Sitzung darzulegen, daß sie unbegründet sind. Es handelt sich aber doch nicht darum, ob der Magistrat einen Fehler begangen, oder ob er für einen Fehler Rechenschaft zu geben hat, sondern es handelt sich um eine Beschlußfassung für die Stadtgemeinde Berlin, und ich glaube, daß bei dieser Gelegenheit eine Erörterung notwendig ist, die es nicht wünschenswert erscheinen läßt, daß jeder, der bei der Sache befangen ist, öffentlich davon Kenntnis erhält. Ich möchte Ihnen also vorschlagen, daß Sie zunächst in geheimer Sitzung hierüber beraten — das schreibt die Geschäftsordnung vor —, und daß Sie demnächst die Sitzung wieder öffentlich machen und dann Gelegenheit nehmen, in öffentlicher Sitzung über die Vorwürfe, die dem Magistrat gegenüber zu erheben sind, zu verhandeln.

Stadtv. **Nelke** (a. L.): Es handelt sich hier um Sachen, die mit Vorwürfen nichts zu tun haben; es sind Aufklärungen über die Materie selbst notwendig, die wir öffentlich nicht bekommen können, weil sie nach oben und nach unten auf den Preis wirken können. Ich bitte daher ebenfalls, die Angelegenheit in geheimer Sitzung zu verhandeln.

Die Versammlung beschließt,

die geheime Sitzung sofort stattfinden zu lassen.

Vorsteher **Michelet** ersucht die Zuhörer, die Tribünen zu räumen, erklärt aber, daß die Vertreter der Presse im Saale bleiben können.

Hiergegen werden im Saale Bedenken laut.

Stadtv. **Singer** (soz.): Wenn der Beschluß gefaßt wird, daß die Zuhörer nicht im Saale bleiben dürfen, wird dies auch auf die Vertreter der Presse ausgedehnt werden müssen. Ich bedauere, daß hierdurch der Anschein erweckt werden könnte, daß wir irgendeine Animosität gegen die Presse haben.

Die Versammlung beschließt den völligen Ausschluß der Oeffentlichkeit.

In der geheimen Sitzung ist dem Vernehmen nach ein **Antrag Barth** (a. L.) auf Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuß abgelehnt worden, ebenso der Antrag **Nelke** (a. L.) auf Ankauf des Geländes zum Preise von 1½ Millionen Mark. Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung werden noch einige kleinere Vorlagen erledigt.

Für die Zwecke der Schulspeisung bedürftiger Kinder im Monat März wird nachträglich ein weiterer Betrag von 5000 Mark bewilligt.

Der Vorentwurf betreffend Erweiterung der städtischen Volksbadeanstalten an der Schillingsbrücke, der mit einem Kostenanschlag von 713,000 Mark abschließt, wird genehmigt.

Mit dem Verkauf eines 4800 Quadratmeter großen Grundstückes an die Gemeinde Treptow ist die Versammlung einverstanden.

Für die Instandsetzung der Anlichkeiten, der Badeanstalt und des Eisschuppens des Restaurationsgrundstückes Residenzstraße 49 zu Reinickendorf werden 18,420 Mark bewilligt. Das Grundstück einschließlich des Schäfersees und des Eiswerkes soll auf sechs Jahre verpachtet werden.

Der Magistrat übersendet die Beschlüsse der gemischten Deputation zur Beratung über Mittel und Wege zur planmäßigen und rechtzeitigen Beschaffung von Schulgrundstücken und Schulbauten.

Die Versammlung nimmt hiervon Kenntnis.

Mit dem vorgelegten Entwurf für einen Fußgängertunnel unter dem Görlitzer Bahnhof im Zuge der Liegnitzerstraße ist die Versammlung einverstanden. Die Kosten betragen 165,000 Mark.

Es folgt die Vorlage betreffend die Bewilligung eines Kostenbeitrages von 82,000 Mark für das

zur Erlangung eines Bebauungsplanes für Groß-Berlin

zu veranstaltende Preisausschreiben. Die Summe von 82,000 Mark ist die Hälfte der Kosten, die auf 165,000 Mark veranschlagt sind. Hiervon entfallen 115,000 Mark auf die zu bewilligenden Preise, der Rest von 50,000 Mark auf die Vorarbeiten und die Kosten des Preisgerichts. Mit Rücksicht auf die bedeutende Tragweite, die dem Wettbewerb beigemessen werden muß und auf die Vorteile, die für die Bürgerschaft Berlins und die Stadtgemeinde als Grundeigentümerin für die Zukunft erhofft werden, ersucht der Magistrat die Versammlung um ihre Zustimmung zu der Uebernahme des verhältnismäßig hohen Kostenanteils.

Die Versammlung bewilligt die 82,000 Mark.

Der Magistrat beantragt, das ungefähr 3213 Quadratmeter große an der Ecke der Ruheplatz- und Antonstraße belegene städtische Grundstück zur Errichtung einer einfachen Gemeindeschule zu verwenden.

Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

Mit der Vornahme weiterer Verkehrsählungen auf den Straßen und Plätzen Berlins und der Aufwendung eines Betrages bis zur Höhe von 24,000 Mark ist die Versammlung einverstanden.

Schluß 9¼ Uhr.

Wilmersdorfer Stadtverordnetenversammlung.

Sitzung vom 8. April.

Stadtverordnetenvorsteher Beckmann verliest einen Brief des ehemaligen Polizeipräsidenten v. Westarp, in dem dieser seine Ernennung zum Oberverwaltungsrat anzeigt und seinen Dank für die wohlwollende Unterstützung seitens der Stadtgemeinde ausspricht.

Behufs Erlangung eines Grundplanes für die

städtebauliche Entwickelung von Groß-Berlin

hatte der Magistrat beantragt, 6000 Mark zu bewilligen. Wie bekannt, sind die Gesamtkosten des Wettbewerbes auf 165,000 Mark festgesetzt. Daraus sollen fünf größere Preise verteilt werden, während 30,000 Mark zum Ankauf weiterer Entwürfe verwendet werden sollen, die zwar nicht im ganzen Umfange der Aufgabe zur Preisverteilung eignen, aber einzelne Teile des Themas, zum Beispiel Straßendurchbrüche in der inneren Stadt, in besonders praktischer Weise lösen. Von den 165,000 Mark trägt die Stadt Berlin die Hälfte, während die andere Hälfte unter die anderen Beteiligten nach einem gemischten Maßstabe, der die Einwohnerzahl und die Summen der staatlich veranlagten Steuern berücksichtigt, gleichmäßig verteilt werden soll. Wilmersdorf würde demnach 6000 Mark beizutragen haben und in das Preisstellegium, das aus neunzehn Mitgliedern bestehen soll, einen Vertreter zu entsenden haben. Der Wilmersdorfer Magistrat hält es für sachgemäß, daß sich Wilmersdorf an diesem gemeinsamen Vorgehen beteiligt.